

Plehwe, Dieter

Book Part

Future's past: "Deregulierung" in den USA: Vorbild für Europa?

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Plehwe, Dieter (1989) : Future's past: "Deregulierung" in den USA: Vorbild für Europa?, In: Frank Deppe, Klaus Dörre, Witich Roßmann (Ed.): Gewerkschaften im Umbruch: Perspektiven für die 90er Jahre, ISBN 3-7609-1280-X, Pahl-Rugenstein, Köln, pp. 346-380

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112607>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Future's Past: »Deregulierung« in den USA – Vorbild für Europa?

»Zusammenfassend betrachtet war das Deregulierungsgesetz . . . das größte antigewerkschaftliche Gesetz, das ein am amerikanischer Kongreß je verabschiedet hat.«

Frank Borman (Eastern Airlines)¹

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit antigewerkschaftlichen Strategien in den USA – mit dem Ziel, mögliche Entwicklungen in Westeuropa zu beleuchten. Eine solche Vorgehensweise scheint deshalb angebracht, weil sich seit der Mitte der 70er Jahre international ein tiefgreifender Wandel der Kapitalstrategien vollzogen hat, begleitet von einer Abwendung von der kenyesianischen Wirtschaftspolitik und einer Hinwendung zur Strategie der »Deregulierung«. Zwar hatten die USA zu dieser Zeit bereits ihre unumschränkte Hegemonialposition im kapitalistischen Weltsystem verloren. Dennoch übt die ökonomische und politische Entwicklung in den USA nach wie vor einen nachhaltigen Einfluß auf die Entwicklung in den OECD-Ländern – vor allem in der BRD und in Japan – aus.² Im folgenden soll freilich vor allem die Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in den USA selbst analysiert werden. Es geht dabei um die Hintergründe für die Herausbildung einer umfassenden Neuorientierung des U.S.-Kapitals sowie um die Durchsetzung antigewerkschaftlicher Strategien.

1. Was ist »Deregulierung«?

Die politische Vermittlung der neuen Kapitalstrategie hat einen merkwürdigen Zwitter hervorgebracht, eine Mißgeburt aus Marktradikalismus und Neokonservatismus. Folgen wir der neokonservativen Propaganda, so heißt »Entregulierung« Rücknahme des Staates, Befreiung der »Menschen« von (unnötigen) bürokratischen Zwängen und Regelungen.³ Zweifellos hat Ronald Reagan mit seinem Wahlkampfeslogan von 1980 (»get the state off our backs«) populäre Gedanken formuliert. Die neue regulierungstheoretische Prämisse des »Staatsversagens« gewann während der 70er Jahre zunehmend an Bedeutung. Historisch in der US-Gesellschaft ohnehin fest verwurzelt, erhielt das Feuer des Anti-Statismus mit dem Bekanntwerden des »Watergateskandals« neue Nahrung. Die staatliche Interventionstätigkeit, deren Funktionen für die Reproduktion kapitalistischer Verhältnisse in den 70er Jahren erneut zunahm⁴, wurde zum zentralen Konfliktfeld gesellschaftlicher Auseinandersetzungen.

Die »Chicago-School«⁵ kritisierte generell staatlich-keynesianische Planungsansätze. Besondere Kritik wurde jedoch den klassischen normativen Theorien vom »Marktversagen« gewidmet, mit denen staatliche Eingriffe im öffentlichen Interesse theoretisch begründet worden sind.⁶ Die Propheten des freien Wettbewerbs interpretierten staatliche Regelungspolitik positiv als Instrumentalisierung des Staates durch Industriebereiche und gesellschaftliche Gruppen. Damit wurde paradoxerweise jene umfassende Reorganisation staatlicher Regelungstätigkeit in Ökonomie und Gesellschaft legitimiert, die fortan in einer Mischung aus Angebotspolitik und Rüstungskeynesianismus ihr Unwesen trieb (»woodoo economics«). Der scheinbare Widerspruch zwischen den wirtschaftstheoretischen Forderungen nach Entstaatlichung und der realen Machtausdehnung der konservativen Staatsapparate läßt sich jedoch auflösen. Anstelle der unhistorischen und abstrakten Abhandlungen über politökonomische Verhältnisse müssen reale Entwicklungen konservativer Reformpolitik untersucht werden.

Im Gegensatz zur politisch und ideologisch bedeutsamen, aber wissenschaftlich fruchtlosen »Staatstheorie« der Neokonservativen bezeichnet die OECD »Deregulierung . . . als Wegnahme oder Reduzierung des Ausmaßes bestimmter direkter Regulierungsformen die Marktzutritt, Produktion, Service oder Preise regeln und die daraus folgende Öffnung von Industrien für mehr Wettbewerb . . . zweitens bedeutet die Deregulierung die Reduktion administrativer Lasten für Wirtschaftsunternehmen . . .«.⁷ Auch im Rahmen dieses – technokratischen – Diskurses wird die prinzipielle Überlegenheit marktwirtschaftlicher Allokation nicht bezweifelt. Fortwährende Optimierung staatlicher Regelungstätigkeit im Rahmen der kapitalistischen Verhältnisse gerät zum wissenschaftlichen Maßstab der praktischen Politikberatung. Dabei wird systematisch von den bestehenden Produktions- und Klassenverhältnissen abstrahiert und in der Regel werden bestimmte direkte staatliche Regelungstätigkeiten nicht im Zusammenhang der allgemeinen Staatstätigkeit betrachtet.

Demgegenüber soll hier nachgewiesen werden, daß »Deregulierung« in den USA nur im Kontext der verstärkten Krisenhaftigkeit des US-Kapitalismus zu verstehen ist, als Formulierung und Durchsetzung einer allgemeinen Kapitalstrategie zur umfassenden Verbesserung der monopolistischen Verwertungsbedingungen in den Vereinigten Staaten. Bei der Untersuchung der Umstrukturierungsbemühungen des US-Kapitals müssen sowohl die »privaten« als auch die staatlich vermittelten »Deregulierungsstrategien« sowie deren Verschränkung analysiert werden. Die in der bundesdeutschen Diskussion häufig vorgenommene Gleichsetzung von »Deregulierung« und »Flexibilisierung«⁸ wird der Reichweite und der umfassenden Bedeutung der Kapitalstrategie nicht gerecht. Gleichwohl weist z. B. Wolfgang Däubler auf den Zusammenhang der Neugestaltung der Kapitaldominanz hin: »Unternehmer haben ihrer gesellschaftlichen Hegemonie entsprechend die Begriffe ›Deregulierung« und ›Flexibilisierung« in ihrem Sinne besetzt.«⁹

2. Ausgangspunkt der Neuorientierung: Zur Krise des US-Kapitals

Bevor neue Kapitalstrategien entwickelt werden und in gesellschaftliche Auseinandersetzungen münden, müssen sich etablierte Rahmenbedingungen kapitalistischer Verwertung, muß sich »altes Denken und Handeln« als »schlecht« erweisen. Dieser Zeitpunkt läßt sich für die Vereinigten Staaten für das Ende der 60er Jahre bestimmen. Die stabile Nachkriegsordnung begann sich zu diesem Zeitpunkt aufzulösen. Zwischen 1945 und 1965 gab es in den USA lediglich drei schwache zyklische Wirtschaftskrisen. Abschwünge waren als solche kaum erkennbar, Phasen langsamer Kapitalbildung wurden jeweils von Perioden massiver Zunahme der Kapitalakkumulation abgelöst.¹⁰ Das Ende des häufig als »Fordismus« beschriebenen Akkumulationsmodells¹¹ zeigte sich in der erneuten Verschärfung des kapitalistischen Krisenzyklus, in den Vereinigten Staaten besonders ausgeprägt. Für das amerikanische Kapital stellte sich die Situation als allgemeine Verschlechterung der Verwertungsbedingungen dar. Die »... Profite US-amerikanischer Firmen sanken nach 1965 und erreichten in den folgenden 15 Jahren das Niveau zu Beginn der 60er Jahre nicht mehr.«¹² Die Erlahmung der Reinigungsfunktion der zyklischen Krisen deutete auf tiefgreifende Widersprüche zwischen Produktivkraftentwicklung und den existierenden Produktionsverhältnissen hin. Allenthalben beklagte Produktionsschwäche, zunehmende Arbeitslosigkeit, Bankrotte und katastrophische Entwicklungen in einzelnen Wirtschaftsbereichen (z. B.: Stahl, Automobil, Eisenbahnen) verwiesen auf die strukturellen Disproportionen wie die Krise der großen Metropolen (Zahlungsunfähigkeit der Stadt New York und einer Vielzahl anderer Kommunen).

Politisch wurde diese Situation durch zahlreiche Entwicklungen verschärft. Der aufkommende Widerstand gegen die imperialistische Politik (Vietnam), die Aufstände der Schwarzen (black power), die sich rasch entfaltende Frauenbewegung und die erneute Zunahme der ökonomischen und politischen Betäti-

gung von Seiten der Gewerkschaften mußten Zweifel an der inneren Integrationsfähigkeit aufkommen lassen. Der aufgedeckte Machtmißbrauch Präsident Nixon's wurde zum Höhepunkt der Staatskrise und verschärfte zusätzlich das öffentliche Mißtrauen gegen »Big Business«.

Zunächst führen diese Prozesse neben der üblichen Mobilisierung staatlicher Repression¹³ – zu einer erheblichen Ausdehnung der ökonomischen und sozialen Staatstätigkeit. Zwischen 1964 und 1977 wurden insgesamt 10 neue staatliche Aufsichtsbehörden eingerichtet, die sich gemäß ihrem legislativem Auftrag um den Schutz der Öffentlichkeit, der abhängig Beschäftigten und der Verbraucher kümmern sollten. Die Ausdehnung der Rechte für Frauen und insbesondere für die schwarze Bevölkerung der Vereinigten Staaten spiegelte in Form von »Minderheitenschutz«-Regelungen selbst zwar noch die gesellschaftliche Diskriminierung wieder, aber die politischen Entwicklungen trugen erheblich zur Abschwächung des gesellschaftlichen Protests bei. Bemühungen zur Überwindung der Legitimationskrise staatlicher Institutionen bewirkten die gesetzliche Verankerung öffentlicher Kontrolle. Mittels sogenannter »sunshine«-Gesetze (Freedom of Information Act von 1966 und Sunshine Act von 1976) wurden Verbänden und Organisationen neue Zugangs- und Einflußmöglichkeiten auf bürokratische Prozesse geschaffen.¹⁴

Der sich in der folgenden Zeit vergrößernden Einflußnahme von Gewerkschaften, Verbraucherverbänden, Umweltschutz- und anderer sozialer Bewegungen standen die früheren Unternehmerverbände zunächst relativ hilflos gegenüber. ». . . Konflikte über die Ausmaße der sozialen Regulierung hatten direkte Auswirkungen auf die Verteilung der Macht und des Reichtums zwischen dem privaten Sektor und anderen gesellschaftlichen Organisationen. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Kontroverse über die soziale Regulierung der Unternehmen zum Zentrum des Klassenkonfliktes wurde: Die Wirtschaftsinteressen standen dem öffentlichen Interesse ebenso wie dem Interesse der organisierten Arbeitnehmer gegenüber.«¹⁵

3. Big Business's Come back

Mit erheblichem Aufwand wurden seit Anfang der 70er Jahre die Unternehmerverbände reaktiviert. Eine hervorragende Stelle nahm dabei der **Business Roundtable** ein. 1972 schlossen sich ihm zwei gegen gewerkschaftlichen Einfluß kämpfende Wirtschaftsorganisationen (**Construction Users Anti-Inflation Roundtable** und **Labor Law Study Committee**) zusammen. Ursprünglich richtete die neue Vereinigung ihre Aktivitäten ebenfalls überwiegend gegen den Einfluß der Unions. »In der Mitte der 70er Jahre aber, als sich Watergate und andere Skandale entfalteten, und sowohl die republikanische Partei, als auch die Wirtschaft im generellen vor einer ernsthaften Herausforderung standen, änderte sich die Richtung des Roundtable.«¹⁶ Die Organisation schloß sich mit einer informellen Gruppe leitender Manager großer Konzerne (der sog. March-Gruppe) zusammen und wurde zum (neuen) politischen Arm des Großkapitals. »Die Zielsetzung änderte sich insofern, . . . als nun alle politischen Bereiche einbezogen wurden. Arbeitsgesetzgebung blieb ein zentrales Thema, aber keineswegs ausschließlich. Breite Fragen der Steuer-, Kartell-, Regulierungs- und Beschäftigungspolitik wurden Teil des selbsternannten Mandats des Roundtable.«¹⁷

Unter den führenden Managern befanden sich sowohl Demokraten, als auch Republikaner. Das selbstgesteckte Ziel bestand darin, beide großen politischen Lager der Vereinigten Staaten zum Umdenken zu bringen. Das direkte Engagement der Vorstandsvorsitzenden von ca. 180 Großkonzernen war eine neue Entwicklung in der Arbeit der Kapitalverbände.¹⁸ Unter führender Mitwirkung des **Business Roundtable** begann die Mobilisierung der unternehmerischen Macht. Verschiedene »schlafende Giganten«, darunter die **National Association of Manufacturers (NAM)**, wurden zu neuem Leben erweckt.

NAMs direkte Mitgliedschaft besteht aus 13 500 Unternehmen, die im **Business Roundtable** organisierten Großunternehmen gehören dazu. Der Einfluß der Organisation umfaßt aller-

dings viel weitere Bereiche der Wirtschaft. Viele andere Kapitalverbände sind an diese Organisation angeschlossen. Der wichtigste Unternehmerverband koordiniert heute ein Netzwerk von mehr als 60 000 Unternehmen.¹⁹ Dieser Umfang wurde allerdings erst in den 70er Jahren erreicht, als die Organisation »aufgewacht« war. Die zunehmende Bedeutung Washingtons für die gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung der USA führte zur großangelegten Reorganisation der politischen Arbeit. Zwischen 1968 und 1978 stieg die Anzahl sogenannter »public affairs offices«, der großen Unternehmen in Washington D.C. von 100 auf 500 an. 1974 verlegte die NAM den Sitz ihrer Organisation von New York in die Bundeshauptstadt.

Neben den Versuchen, »VolksvertreterInnen« des Amerikanischen Kongresses die Vorstellungen des US-Kapitals nahe zu bringen, mobilisierten die Wirtschaftsleute ihre »Basis«. NAM und Roundtable halfen u. a. bei der Reaktivierung der Handelskammern der Vereinigten Staaten. Die **Chamber of Commerce** verzeichnete 1970 ca. 50 000 Mitglieder (Unternehmen, lokale Kammern und Wirtschaftsorganisationen). Bis 1983 wuchs die Organisation auf 215 000 an.²⁰ Mit dem neuen »Netzwerk« konnte der politische Prozeß auf allen Ebenen effektiv beeinflußt werden. »Die Kammern haben ihren »grass-roots« Lobby-Mechanismus computerisiert und sind nun in der Lage, massive Aktivitäten zu erzeugen, wann immer wichtige politische Auseinandersetzungen in Washington anstehen . . .«²¹

Neben der internen Formierung des politischen Apparates der Unternehmerverbände bestand ein wichtiger Hebel zur Durchsetzung der neuen Kapitalstrategie in der organisierten Beeinflussung von Kongreßwahlen. Aufgrund der Limitierung der Großspenden sahen sich die Unternehmer gezwungen, »sammeln« zu gehen. 1974 gab es erst 89 Political Action Committees auf Seiten des Kapitals (PAC: Geldsammelungsvereine zur Förderung einzelner Abgeordneter). 1978 waren es schon 784 und 1982 unterstützten 1467 PACs ausgewählte PolitikerInnen beider Parteien. Die Masse der aufgebrachten Mittel flossen an republikanische Abgeordnete.²²

4. Wissenschaft, »think-tanks« und Staatsapparat: Die Finanzierung der Theorie vom Staatsversagen

Immer wieder wurden in der Auseinandersetzung um »Deregulierung« ihr »fortschrittlicher« Charakter (»anti-big-business«) suggeriert. An der antigewerkschaftlichen Stoßrichtung ließen die an der wissenschaftlichen Diskussion beteiligten Ökonomen indes keine Zweifel aufkommen.²³ Mit der »Deregulierung« sozialstaatlicher Programme unter Reagan wurden keine Bemühungen mehr unternommen, den Veränderungen einen fortschrittlichen Charakter zu unterstellen.

Mit großem Aufwand förderten Großunternehmen, Wirtschaftsverbände und konservative Stiftungen (ihrerseits finanziert durch das Kapital) den intellektuellen Umschwung. »Zu jedem Zeitpunkt in der Geschichte«, faßte einer der konservativen Intellektuellen den Prozeß zusammen, »kann eine einflußreiche Idee – also ein einflußreicher Intellektueller – eine überzeugende Simplifizierung politischer Fragen bereitstellen, die Konsistenz mit den essentiellen Werten der politischen Elite aufweist.«²⁴ Mit der Verschärfung der wirtschaftlichen Krise begannen v. a. Wirtschaftswissenschaftler, den staatlichen Interventionsrahmen auf seine »ökonomische Effizienz« hin zu untersuchen. Diese Studien neoklassischer Ökonomen werden von allen Beobachtern als wesentliche Basis der »Deregulierung« angesehen. »Wir sind überzeugt, daß ohne die Entwicklung der akademischen Kritik der Politik die Reformen . . . niemals zustande gekommen wären«, erklärten Autoren der **Brookings Institution**.²⁵

Die entscheidende Rolle zur Ausdehnung der »akademischen« Kritik und zur Ausbildung geeigneten Personals kam den erwähnten Stiftungen und Forschungsinstituten zu. Die Ford Foundation finanzierte die wissenschaftliche Arbeit der Brookings Institution zur ökonomischen Staatsintervention zwischen 1967 und 1975 mit 1,8 Millionen Dollar.²⁶ Zwar war Brookings als »liberale« Institution bekannt – die Arbeiten des think-tanks unterstützten das »Great Society«-Programm Präsi-

dent Johnson's und wandten sich gegen den Vietnam-Krieg. In den anstehenden ordnungspolitischen Fragen fand die Forschungseinrichtung jedoch wieder zu der marktwirtschaftlichen Orientierung zurück, mit der staatliche Planungsmaßnahmen in der Zeit des New Deals bekämpft worden waren.

Die Rolle privater Unternehmensstiftungen und »unabhängiger«, nicht universitärer Forschungseinrichtungen ist nicht neu im amerikanischen System; viele Stiftungen wurden in den 20er Jahren gegründet.²⁷ In den 70er Jahren wurden aber mit Unternehmensgeldern alte konservative Stiftungen revitalisiert und neue gegründet. Die Gründung der erkonservativen Heritage Foundation z. B. datiert auf das Jahr 1973, 1976 wurde das Ethics and Public Policy Center gegründet und 90 Tage nach der Wahl Carters wurde das Committee on the present Danger etabliert. Weitere 25 Institute wurden in den 70er Jahren gegründet oder erheblich erweitert, u. a. das American Enterprise Institut (AEI) und das Center for the Study of American Business.²⁸

Der Paradigmenwechsel hin zu marktradikalen Positionen der Chicago School reflektiert sich in der Übernahme der Interventionsforschung und der Öffentlichkeitsarbeit marktradikaler Forschungseinrichtungen. Vier private Institutionen waren maßgeblich an der Verschiebung der ökonomischen Debatte nach rechts beteiligt: Das National Bureau of Economic Research, das Hoover Institute, das American Enterprise Institute und das Center for the Study of American Business an der Washington University. Diese Institutionen legten das Fundament der radikalen politischen Veränderung von 1978 bis 1981 und viele der Ergebnisse – trotz intensiver akademischer und politischer Kritik – stehen bis heute an zentraler Stelle der ökonomischen und politischen Diskussion.

Viele leitende Mitarbeiter der neokonservativen Institute gelangten zu einflußreichen Positionen innerhalb der Reagan-Administration. Murray Weidenbaum z. B., der Vorsitzende des Sachverständigenrats Council of Economic Advisers von 1981–1982, gründete 1975 das Center for the Study of American Business und gehört heute zum akademischen Beirat des

AEI. Zehn Mitstreiter des AEI hatten 1981/2 hochrangige Stellen in der Reagan-Administration. Neben der Bildung personalpolitischer Brücken zwischen den privaten Forschungsinstituten und der Regierung kam den »think-tanks« die Funktion der Popularisierung marktradikalen und neokonservativen Gedankenguts zu. Auf Konferenzen, mit Zeitschriften und Fernsehserien wurden die Arbeiten der Chicago Ökonomen verbreitet.²⁹ Die Publikationen des AEI, u. a. die Zeitschrift *Public Opinion* und verschiedene Buchserien – gehören »zu den zahlreichsten, zeitlich abgestimmtesten und zugänglichsten Materialien, die von irgendeinem think tank oder einer anderen intellektuellen Ressource in Washington produziert werden«.³⁰ Marktradikale Wissenschaft wurde zur neokonservativen politischen Kraft. Im Gegensatz zu den »seriösen« wissenschaftlichen think-tanks kümmerten sich die ultrarechten Stiftungen, neben der Finanzierung der Forschungsinstitute, hauptsächlich um die »Simplifizierung«. Reaktionäre Milliardäre wie der Bierbrauer Joseph Coors und der Öl- und Bankbesitzer Richard Mellon Scaife bezahlten u. a. Milton Friedmans Fernsehserie »Free to Choose« und trugen entscheidend zur Veränderung der ideologischen Landschaft der USA bei.³¹ Die Projekte der Heritage Foundation schließlich zeigen den direkten Einfluß auf die Bundespolitik am deutlichsten. Mit dem 1000 Seiten starken Werk »Mandate for Leadership« wurde ein komplettes Regierungsprogramm für die Reagan-Administration geschrieben. Alle Bereiche der Exekutive wurden hier analysiert und der »Reideologisierung« der Reagan Revolution anempfohlen.³²

Die Gegenbewegung des Kapitals vollzog sich in einem umfassenden Prozeß. Hegemonie konnte nicht allein im ökonomischen Bereich errungen werden, diese Einsicht verlieh dem Kapital seine drückende Überlegenheit gegenüber den gesellschaftlichen Reformkräften. Dabei spielten die progressiven Reformen der neuen Kapitalstrategie vielfältig in die Hände. Die Demokratisierung der öffentlichen Institutionen erzwang ebenso die »Solidarität des Kapitals« wie die Limitierung der Großspenden. Die Entmachtung der Parteiapparate führte letztendlich zur Formierung politischer »pressure groups« des Ka-

pitals außerhalb der Parteien und zur Kommerzialisierung der Wahlkämpfe. »Zwar gelang es in der Tat, den Einfluß des Parteiestablishments weitgehend zu reduzieren«, faßt der Berliner Amerikanist Frank Unger zusammen, »aber um den Preis einer noch größeren Fragmentierung und Kommerzialisierung, oder, anders gesagt, einer Stärkung der (informellen) ökonomischen Macht gegenüber der (organisierten) politischen Macht.«³³ Die Vernetzung konservativer Stiftungen, verschiedener Unternehmen und Politiker des Goldwater/Reagan Typus, markiert die Anfänge der neuen Kapitalstrategie. Der politische Durchbruch basierte auf der vollständigen Niederlage des alten hegemonialen Blocks innerhalb der Republikanischen Partei. Die Nixon-Katastrophe des alten Ostküsten-Etablissements ermöglichte es der Neuen Rechten, die Führung zu übernehmen. Die Überlapung der Aufgaben der »think-tanks« führte exemplarisch vor, was die herrschende Klasse tut, wenn sie herrscht: Die umfassende Beschäftigung mit gesellschaftlich relevanten Themen ermöglichte die horizontale Durchsetzung der neuen Herrschaftsvariante; mit der vertikalen Vermittlung von wissenschaftlicher Forschung, der Ausbildung von Amtsträgern bis hin zur Mobilisierung von Bewegungen gelang es, die Kapitalhierarchie zu reetablieren. Die neuen »think-tanks« wurden zum strategischen Zentrum der »Reagan-Revolution«. Sicherlich übertreibt Edsall nicht, wenn er in der Finanzierung der Stiftungen die effektivste Verwendung der Wirtschaftsgelder zur Modifizierung des politischen Diskurses sieht.³⁴

Finanziell, logistisch und ideologisch gestärkt, begannen Unternehmenslobbyisten und konservative Politiker in der zweiten Hälfte der 70er Jahre, verlorengegangenes Terrain in innenpolitischen Auseinandersetzungen zurückzugewinnen. Die neuen Entwicklungen staatlicher Intervention zeigten zum einen die Anpassung des staatlichen Interventionsrahmens an veränderte Anforderungen, die aufgrund der zyklischen und überzyklischen Krise der Ökonomie sowie aufgrund der materiellen Zusammenhänge des gegenwärtigen Produktionstyps entstanden waren. Zum anderen verdeutlichten die innenpolitischen Auseinandersetzungen den Einfluß gesellschaftlicher Kräfteverhält-

nisse auf den neuen Interventionsrahmen. Die Unternehmerverbände fochten nun angeblich nicht mehr gegen die Auswirkungen einzelner Gesetze, sondern um das Prinzip: Die Steuerung wirtschaftlicher Prozesse durch den Staat sollte zurückgedrängt werden, um der Überlegenheit der allokativen Kräfte des Marktes wieder Geltung zu verschaffen. Der Politisierung der sozialen Auseinandersetzungen in den 60er Jahren ??? eine neue Politisierung der »business community« in der Folgezeit: »Während der 70er Jahre verfeinerte das Kapital seine Fähigkeit, als Klasse zu handeln, die Konkurrenzinstinkte wurden der Kooperation in der Arena der Gesetzgebung untergeordnet.«³⁵ 1979 legte der Business Roundtable eine Studie vor, die am Beispiel von 48 Unternehmen aus 20 Industriebereichen Kosten staatlicher Regulierung belegen sollte. Angeblich wurden diese Unternehmen jährlich mit \$ 2,5 Milliarden belastet. Im Zentrum der Kritik standen Bestimmungen der Umweltschutzbehörden und der Behörde zum Schutz der Gesundheit am Arbeitsplatz.³⁶ Mit diesem Vorstoß verdeutlichte das Großkapital, daß »öffentliches Interesse« in Zukunft einzig über die Optimierung der Verwertungsbedingungen des Kapitals zu bestimmen sei.

5. »Deregulierung« Etappe I: Verhinderung weiterer Machtausdehnung fortschrittlicher Reformkräfte

Ökonomische und politische Krisenprozesse wirkten in den 70er Jahren aufeinander ein. Die häufig als »Reaganomics ohne Reagan« geschilderte Annäherung der beiden amerikanischen Parteien in grundlegenden ökonomischen Fragen – und damit wesentlicher Determinanten der Entwicklungsrichtung des US-amerikanischen Kapitalismus – war selbst erst das Resultat der wiedergewonnenen Hegemonie des Kapitals.³⁷

In Reaktion auf die sich verschlechternden Verwertungsbedingungen verlagerten viele Unternehmen ihre Produktionsstät-

ten in den – weitgehend gewerkschaftsfreien – Süden der USA und in das Ausland. »In den siebziger Jahren vollzog sich die schnellste und umfangreichste Verlagerung ökonomischer Macht in der gesamten amerikanischen Geschichte.«³⁸ Während in den alten industriellen Gebieten des Nordens mehr als eine Million Arbeitsplätze verloren gingen, wurden im Süden die »Zukunftsindustrien« aus dem Boden gestampft und 200 000 neue Arbeitsplätze geschaffen.³⁹ Indes kann das Phänomen der »Deindustrialisierung« nicht auf eine Verlagerung der Produktion aus dem »Rostgürtel« in den »Sonnengürtel« verkürzt werden. Auch im Süden der USA schlossen Betriebe mit fadenscheinigen Argumenten überraschend ihre Fabrikttore, um sich am folgenden Tag 10 km weiter – unter Ausschluß gewerkschaftlich organisierter Arbeiter/innen – niederzulassen. Neben diesen Versuchen, vor den Gewerkschaften zu flüchten (»runaway companies«), ließen sich viele weitere Formen extremer Steigerung unternehmerischer Konfrontationspolitik und illegale Management-Aktivitäten (u. a. Widerstand gegen Versuche gewerkschaftlicher Organisierung, Verweigerung der Anerkennung der gewerkschaftlichen Vertretung, illegales Verhalten während der Tarifverhandlungen etc.) verzeichnen. Zusammenfassend schreibt der amerikanische Arbeitsrechtler Paul Weiler, daß der »... Niedergang der Tarifverhandlungen im privaten Sektor . . . zu einem großen Teil auf die erstaunliche Zunahme illegaler Methoden der Unternehmen zur Verhinderung gewerkschaftlicher Vertretung der Beschäftigten zurückgeführt werden . . .« muß.⁴⁰ Zur erfolgreichen Bekämpfung gewerkschaftlicher Organisierung wurde u. a. ein eigener Geschäftszweig etabliert. In ca. 1000 Firmen mit mehr als 10 000 Beschäftigten (v. a. auf arbeitsrechtliche Fragen spezialisierte Rechtsanwälte) und mit Profiten in Höhe von \$ 500 Millionen wird die hohe Kunst des »union busting« gelehrt und betrieben.⁴¹

Neben der privatwirtschaftlichen Mobilisierung unternehmerischer Gewalt demonstrierte das Kapital – nach der »Katastrophe« des Wahlsieges der Demokraten – den politischen Gestaltungswillen. Carter war mit massiver Unterstützung durch Gewerkschaften und soziale Bewegungen an die Macht gelangt,

zahlreiche »Aktivisten« erlangten Regierungspositionen. Die Reformhoffnungen waren weitgespannt. Die Verbraucherverbände bemühten sich gemeinsam mit Gewerkschaften z. B. um die Durchsetzung einer neuen staatlichen Verbraucherschutzbehörde. Dem Engagement von 450 verschiedenen Wirtschaftsorganisationen hatten die Reformkräfte indes nichts gleichwertiges entgegenzusetzen. Mit der ersten großen Mobilisierung der neugeschaffenen politischen Ressourcen sorgte die Kapitallobby für die Ablehnung des Gesetzentwurfs.⁴²

Nach dieser erfolgreichen Eindämmung weiterer Ausweitung staatlicher Intervention in »Marktprozesse« stand das große Kräftemessen mit den Gewerkschaften bevor. Eine wissenschaftliche Konferenz zu »rechtlichen und ökonomischen Fragen der Deregulierung« zeigte schon 1976, daß sich die Investitionen der Unternehmerverbände gelohnt hatten. »Es ist heute weithin anerkannt«, faßte ein Wissenschaftler die Diskussion zusammen, »daß die staatliche Regulierung der Wirtschaft und der Arbeit grundlegend revidiert werden muß.«⁴³

Die Gewerkschaften der American Federation of Labor – Congress of Industrial Organizations (AFL-CIO) hatten sich zu einer großen Gesetzesinitiative aufgerafft. Zentrale arbeitsrechtliche Bestimmungen, die u. a. die gewerkschaftliche Organisation in den Südstaaten erheblich erschwerten, sollten abgeschafft und über eine Effektivierung der arbeitsrechtlichen Behörden der Tolerierung antigewerkschaftlicher Strategien ein Ende gesetzt werden. 1978 kam das Labor Law Reform Gesetz – unter bösen Vorzeichen – zur Abstimmung. Schon 1977 war es der Unternehmerlobby gelungen, ein Gesetz zur Stärkung der Kampfkraft der Gewerkschaften im Falle eines Streiks zu verhindern. Im Repräsentantenhaus stimmten 1978 zunächst noch eine Mehrheit der Abgeordneten der – durch die Carter-Administration schon entschärften – Gesetzesvorlage zu.

Wer aber an einen leichten Sieg geglaubt hatte, sah sich getäuscht. Die im Kampf gegen die Verbraucherbehörde erprobte Koalition des Kapitals zog nun alle Register. In einer großangelegten Gegenkampagne zogen die Unternehmer ihre Kräfte zusammen, um Druck auf die Debatte im Senat zu entfalten. Am

16. Mai 1978 gelang es der Kapitalseite, das Gesetz zu Fall zu bringen. Gegen die Mobilisierung der Unternehmerverbände hatten die Gewerkschaften zwar eine Öffentlichkeitskampagne («Americans for Justice on the Job») entwickelt; die Anwendung weitergehender Kampfmaßnahmen wurde aber nicht in Erwägung gezogen. Die Anbindung an die Demokraten führte schon vor der Auseinandersetzung zur Reduzierung der Forderungen und erwies sich dennoch als »falsche« Strategie. Die Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse stellte die abhängig Beschäftigten, die Gewerkschaften und vor allem die ohnehin benachteiligten gesellschaftlichen Gruppen von nun an mit dem Rücken an die Wand.

6. »Deregulierung«: Etappe II: Invasion der Staatsapparate

»Management is now the militant party«, schreibt G. Strauss in seinem Überblick über die Entwicklung der industriellen Beziehungen.⁴⁴ Der Ende der 70er Jahre voranschreitende und während der Reagan-Herrschaft nochmals beschleunigte Niedergang der US-Gewerkschaften ist längst kein Geheimnis mehr. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad sank von 27,3% (1970) auf 23% (1980) und 18,8% (1985).⁴⁵

Gewerkschaften und sozialreformerische Kräfte waren noch durch die große Niederlage im Kampf um das Arbeitsrecht paralysiert, als der große U-Turn (Bluestone/Harrison) der Demokraten bevorstand. Revolution im Iran, Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan, Revolution in Nicaragua, erneut doppelstellige Inflationsraten zu Hause: das Barometer des US-Imperialismus stand Ende der 70er Jahre auf Sturm und Jimmy Carter verneigte sein Haupt vor dem US-Kapital. Die Demokraten nahmen Abschied von ihrer gesellschaftlichen Reformstrategie. In großer Koalition mit dem republikanischen Markt-

radikalismus wurden die Weichen in Richtung Angebotspolitik und Hochrüstung gestellt. Angestrebte Verschärfungen kartellrechtlicher Bestimmungen starben einen leisen Tod und die »Liberalisierung« der Transport-, Banken- und Energiesektoren wurden als Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation beschleunigt vorangetrieben. Carter berief 1979 den Monetaristen Paul Volcker zum Vorsitzenden des Federal Reserve Board (Zentralbank), der die folgende Periode knappen Geldes und hoher Zinsen einleitete und damit ohne Not die zyklische Krise 1979/80 inszenierte.

Die Produktion der Automobilindustrie kontrahierte um 30% und Zulieferindustrien wurden schnell in den Strudel des Abschwungs gezogen. Der drittgrößte Produzent des US-Marktes, die Firma Chrysler, konnte nur durch staatliche Notkredite gerettet werden. Im Rahmen dieses Rettungsprogramms wurde die Welle konzessionärer Tarifverhandlungen eingeleitet, die fortan gewerkschaftlich durchgesetzte Löhne und Arbeitsbedingungen unterminierte. Als Bedingung zur Rettung des Chrysler Konzerns im Jahre 1979 war dem Unternehmen von Seiten der Carter-Administration auferlegt worden, \$ 1,5 Milliarden selbst aufzutreiben. Bestandteil des Konsolidierungsprogrammes wurden Lohnkonzessionen der 130 000 Beschäftigten, von denen zwischen 1979 und 1982 \$ 665 Millionen beigesteuert werden mußten.⁴⁶ Die Opferbereitschaft der ArbeitnehmerInnen und ihrer Gewerkschaft United Automobile Workers konnte zwar Chrysler retten, erwies sich aber als Phyrus-Sieg. Zunächst bezahlte UAW mit der Auflösung einheitlicher Tarifverträge in der Automobilindustrie. General Motors und Ford erzwangen ihrerseits Konzessionen und erlangten Tarifverträge, die auf die »betrieblichen Bedingungen vor Ort« zugeschnitten waren. Während es der UAW noch gelungen war, die Südstrategie von General Motors (Flucht in den gewerkschaftlichen Süden) zu verhindern, indem die Gewerkschaft die neuen Niederlassungen organisierte, gab sie mit der späteren Anerkennung des General Motor Saturn-Projekts jahrzehntealte Rechte auf und ermöglichte weitreichende Flexibilisierungsexperimente auf Betriebsebene bei untertariflicher Bezahlung.⁴⁷

Nach der Automobilindustrie glückte der Unternehmenseite die Auflösung industrieweiter Tarifverträge in der zweiten traditionellen Hochburg der Gewerkschaften, der Stahlindustrie. Auch hier wurden unter dem Druck von Betriebsstillegungen Lohnkonzessionen und weitreichende Flexibilisierungsmaßnahmen erzwungen. Die eingesparten Milliarden wurden von den Stahlbaronen indes nicht zur Konsolidierung des Industriesektors produktiv investiert. Die Industriegiganten finanzierten aus den Geldbörsen der ArbeitnehmerInnen vielmehr ihre Diversifizierungsbestrebungen und heizten die Hausse des Spekulationsgeschäfts weiter an.⁴⁸ Ohne geeignete Mitbestimmungs- und Einflußmöglichkeiten, ohne eine Koordination des Widerstands durch den Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO, mußten die Unions tatenlos zusehen. Die staatliche Inflationsbekämpfung wurde – von Carter begonnen und von Reagan verschärft – als »Deflation des Arbeitsmarktes« (Marvin Koster) betrieben.⁴⁹

Die erhebliche Zunahme von Konzessionsforderungen im Jahre 1982 kennzeichnete die Verschärfung der Konfrontation nach dem Machtwechsel. Neben den vorher genannten traditionellen Industriebereichen kamen unter Reagan die Staatsbediensteten und die Beschäftigten im Transport- und Telekommunikationssektor an die Reihe. Die privatwirtschaftliche »Deregulierung« wurde vom Staat nicht mehr ausschließlich im Falle drohender Bankrotte gestützt, sondern zum Prinzip staatlicher Intervention aufgewertet. Von der großen Koalition aus Kapital und Staat wurde der symbolische Wert des Kampfes gegen die Gewerkschaften höher eingeschätzt als die reale Summe, die aus der Verringerung der Lohnkosten resultierte. Nicht in der Frage der staatlichen Regulierung, wohl aber in der Frage des Kampfes gegen die Gewerkschaften ging es ums Prinzip.

Die Abwendung von gesellschaftlichen Reformprogrammen entzog den Demokraten einen Teil ihrer Basis bei Gewerkschaften und Minderheiten, die den Schwenk der Partei auch durch die politische Mobilisierung der New Alliance of Progressive Forces unter Leitung des Labor Coalition Clearinghouse

(UAW) nicht umkehren konnten. Ein Teil der Enttäuschten wurde in die Wahlenthaltung getrieben, ein weiterer Teil landete, durch die Kalte-Krieg-Rhetorik radikalisiert, im Lager der neuen Rechten. Mit einem »überwältigenden« Wahlerfolg – Reagan wurde von etwas mehr als einem Viertel der wahlberechtigten Bevölkerung zum Präsidenten gemacht – schickten die WählerInnen den demokratischen Präsidenten zurück nach Georgia. Obendrein eroberten die Republikaner die Mehrheit im US-Senat. Mit dem Machtwechsel im Weißen Haus ist die Vorgeschichte der neuen Kapitalstrategie abgeschlossen. Nach der widersprüchlichen Durchsetzung der Deregulierung begann nun die Entfaltung der neuen Kapitalstrategie ihre eigenen Widersprüche zu zeitigen.

7. »Deregulierung« an der Macht: Die Reagan-Insurrektion

»Das Vertrauen der Deregulierer in die unsichtbare Hand von Adam Smith war bemerkenswert. Viele der Ereignisse erwecken (indes) den Eindruck, als sei die Vorlage nicht von Adam Smith, sondern von Karl Marx geschrieben worden.«

Jeremy Tunstall

Als Kern der »Reagan-Revolution« kann die allgemeine Anpassung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen an die Verwertungsinteressen des US-Kapitals, insbesondere zugunsten der zunehmend von weltweiter Konkurrenz bedrohten Monopolgruppen bestimmt werden. Unter der Prämisse der »Rücknahme des Staates« arrangierten die Republikaner die Umverteilung der Steuerlasten zugunsten von Unternehmen und Reichen. Auf Pump bezahlte der Staatsapparat den (rü-

stungs-)wirtschaftlichen Aufschwung und begünstigte die rasch zunehmende Konzentration und Zentralisation des Kapitals. Last not least betrieb der Reagan-Staat mit vielfältigen Maßnahmen die Verschärfung antigewerkschaftlicher Repression. Das Zusammenwirken der verschiedenen Maßnahmen leitete eine ebenso gigantische wie anarchische Restrukturierung der US-Ökonomie ein, für den der Begriff »Casino-Society« (Susan Strange) geprägt wurde. Erst der Börsencrash im November 1987 setzte der sich hinter der spekulativen Scheinblüte verbergenden ungezügelten Gewalt einen deutlichen Warnschuß vor den Bug.

David Stockman, Reagan's Direktor des Office of Management and Budget, beschrieb freizügig die intendierte Wirkung der massiven Steuerkürzungen. »Die Reagan-Revolution«, so Stockman, ». . . benötigte den frontalen Angriff auf den Wohlfahrtsstaat.«⁵¹ Die Umverteilung des Steuerkuchens diente nicht dem erklärten Ziel der Ausgleichung des Bundeshaushalts. Aufgrund der forcierten Aufrüstung wuchs das Loch im Bundeshaushalt noch rascher an. Lediglich die unter Carter begonnene Trendwende des Wachstums sozialstaatlicher Ausgaben⁵² sollte so – für kommende Administrationen – irreversibel werden. Nicht die Staatstätigkeit an sich wurde zurückgenommen, sondern dem US-Kapital unliebsame Staatsfunktionen. Mit der bewährten Arbeitsteilung inszenierte der Staatsapparat 1982 die zweite schwere zyklische Krise: Zentralbankpräsident Volcker drosselte erneut die Geldmenge, Präsident Reagan schob dem »Carter-Mann« die Schuld für die wirtschaftspolitische Roßkur zu. Die Verschleierung des Zusammenspiels der Staatsapparate rettete mit der Integrität des Präsidenten die Popularität der neuen Rechten.⁵³

Gleich zu Beginn seiner Amtszeit demonstrierte Reagan, wie er sich den Umgang mit den Gewerkschaften vorstellte. Die Entlassung von 11 000 Fluglotsen erinnerte an Bilder längst vergangener Zeiten. Selbst PATCO's Unterstützung des Reagan-Wahlkampfes hatte die neokonservative Administration nicht freundlich gestimmt. Indes stellte sich während der 80er Jahre deutlich heraus, daß die Zersplitterung der amerikanischen Ge-

werkschaften in Verein mit der dominanten Betriebsorientierung (Business Unionism) und der weitgehenden politischen Abstinenz (Bread and Butter Unionism) die notwendigen Abwehrkämpfe stark behinderte. Die mangelnde politische Koordination und Einflußnahme der Gewerkschaften ließen zwar vereinzelt militante Kämpfe aufflammen, konnten aber die drückende Überlegenheit des Gegners nicht verhindern. Der Abwehrkampfzyklus fand erst in den ruhigeren Gewässern der späten Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs (seit 1987) sein vorläufiges Ende.

Die Geschichte der Behörde für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz vermittelt den klarsten Eindruck vom »neuen« Verhältnis der Industrieunternehmen zur staatlichen Interventionspolitik. Die Occupational Safety and Health Administration (OSHA) stand in der Kampagne der Neuen Rechten ganz oben auf der Abschlußliste. Die Reaganisierung der Behörde führte zunächst zu einer deutlichen Reduktion der Inspektionen und zur Verringerung der gemeldeten Verstöße um 40%.⁵⁴ Nach Statistiken des US Bureau of Labor erhöhten sich im selben Zeitraum die Unfallzahlen in allen Industriesektoren mit Ausnahme des Finanz- und Versicherungssektors.⁵⁵ Geflissentlich arbeiteten die neuen Beamten daran, die Kapitalforderungen umzusetzen. Die Strafen verringerten sich um 60%. Gleichzeitig nahm sich aber die »normale« Gerichtsbarkeit einiger eklatanter Verstöße an. Nachdem ein illegal in den USA lebender polnischer Immigrant bei einem Unfall am Arbeitsplatz umkam, verhängte OSHA eine lächerlich geringe Strafe von \$ 4855; die Summe wurde später halbiert. Der zuständige Staatsanwalt hingegen verfolgte die leitenden Angestellten der Firma strafrechtlich. Nach diesem Prozeß wurden die Verantwortlichen 1985 wegen Totschlags und verantwortungslosem Verhalten zu 25 Jahren Gefängnis und einer Strafe von \$ 24 000 verurteilt. Die gleiche Koalition, u. a. die Handelskammern, Asbestproduzenten, Chemische Industrie, die sich für eine Begrenzung der Befugnisse OSHA's eingesetzt hatte, startete nach diesem Urteil eine Kampagne für die ausschließliche Zuständigkeit der Behörde in Fragen des Gesundheitsschutzes am Ar-

beitsplatz.⁵⁶ Ähnlich verlief die Entwicklung in anderen Bereichen. Die Reduzierung von Sicherheitsinspektoren im Bergbau korrespondierte 1981 mit einer Steigerung tödlicher Minenunfälle trotz Verringerung der Gesamtarbeitsstunden. 1982 wurde die Zahl der Inspektoren erneut aufgestockt und die Zahl der Unfälle nahm wieder ab.⁵⁷

Dennoch haben sämtliche Regulierungsbehörden die »Reagan-Attacke« überlebt. Zwar wurde die Community Services Administration und die Flugaufsichtsbehörde Civil Aeronautics Boards aufgelöst. Der größte Teil der Arbeitskräfte setzte jedoch die alten Aufgaben im Rahmen anderer bundesstaatlicher Behörden fort.⁵⁸ 1987 begann die Regulierungsintensität erneut zu steigen.⁵⁹ Der Kürzung von 92 000 Stellen in verschiedenen staatlichen Aufsichtsbehörden schließlich steht die absolute Zunahme der bundesstaatlichen Zivilbeschäftigten gegenüber. Alleine im Departement of Defense wurden 55 000 neue Stellen geschaffen.⁶⁰

8. Das Gesetz des Dschungels

Zur Umstrukturierung des National Labor Relations Board (NLRB), der zentralen arbeitsrechtlichen Instanz der Vereinigten Staaten, berief Ronald Reagan Personal, das sich die Sporen als Unternehmensberater zur Vermeidung gewerkschaftlicher Organisation verdient hatte. Robert P. Hunter z. B. war zuvor eine Stütze des erzreaktionären US-Senators Hatch aus Utah. Hatch hatte an führender Stelle gegen die Arbeitsrechtsreform von 1978 mitgewirkt. Donald Dotson diente vor seiner Berufung als Berater der Firmen Wheeling Pittsburgh Steel, Westinghouse und Western Electric und Hugh Reillys avancierte vom National Right to Work Committee, eine der vehementesten antigewerkschaftlichen Organisationen, zum Hauptanwalt des NLRB.

Zwischen 1983 und 1985 ließ Reagan zudem zwei Stellen unbesetzt, um NLRB-Entscheidungen hinauszuzögern. Die Zahl der gewonnenen Anerkennungswahlen (in den USA muß die Belegschaft eines Betriebes durch eine Wahl der gewerkschaftlichen Organisation zustimmen) sank zwar auch in dieser Periode nicht unter den niedrigen Stand von 45%, aber die Anzahl der abgehaltenen Wahlen halbierte sich.⁶¹ Während die früheren Entscheidungen des NLRB in mehr als 70% der arbeitsrechtlichen Konflikte zugunsten der Gewerkschaften ausfielen, stimmt die neue Kommission nur noch in 55% der Fälle gegen die Unternehmer. Konflikte um Anerkennungswahlen wurden früher zu weniger als 50% gegen die Gewerkschaften entschieden, Dotson stimmte zu 75% für die Unternehmer.⁶² U. a. wurden folgende Veränderungen »ins Recht gesetzt«:

1. Entgegen gewerkschaftlichen Statuten dürfen Gewerkschaftsmitglieder während eines Streiks aus der Gewerkschaft austreten.
2. Nach der Übernahme eines Unternehmens kann der neue »Arbeitgeber« sich weigern, mit der etablierten Gewerkschaft zu verhandeln.
3. Arbeitgeber können ihre »Angebote« im Laufe von Tarifverhandlungen zur Provokation verschlechtern, ohne daß dies als »bad faith bargaining« arbeitsgerichtlich untersagt werden kann.
4. Ein Betrieb kann geschlossen und unter neuem Namen geöffnet werden, um die Gewerkschaft nicht mehr anzuerkennen.⁶³

Oftmals werden die amerikanischen Gewerkschaften als »Opfer des Weltmarktes« bezeichnet.⁶⁴ Eine solche Argumentation überschätzt aber die »Sachzwanglogik« der Weltmarktkonkurrenz und vernachlässigt die »subjektive« Dimension des Kampfes gegen die Gewerkschaften. Durch die ökonomistische »Objektivierung« internationaler Konkurrenz wird die politische Gestaltung der Kapitalstrategien zu einer abhängigen Variable. Die moderatere Linie gegenüber den Gewerkschaften während der zweiten Amtszeit Reagans kann m. E. kaum aus der verbesserten Position der USA auf dem Weltmarkt abgeleitet werden. Vielmehr hatte die Kapitaleseite ihre selbstgesteckten Ziele durch die Aushöhlung gewerkschaftlicher Tarifkontrolle weitgehend erreicht. Darüber hinaus begann sich die Einsicht

durchzusetzen, daß die Produktivitätsschwäche nicht auf den Einfluß der Unions zurückzuführen war. In diesem Zusammenhang stehen dann Bemühungen um eine neue korporatistische Einbindung der Gewerkschaften.⁶⁵ Die Erfahrungen der Gewerkschaften mit der neokonservativen Umstrukturierung des Arbeitsrechts während der 1. Amtszeit Reagans wird durch einen Kommentar des AFL-CIO Vorsitzenden Lane Kirkland verdeutlicht. »Heute«, so Kirkland, »... würden die organisierten Arbeitnehmer von einer Streichung des Arbeitsrechts profitieren«. Die Rückkehr der industriellen Beziehungen zum »Gesetz des Dschungels« wird unter dem Eindruck der Instrumentalisierung des NLRB im Kampf gegen die Unions als Fortschritt empfunden.⁶⁶

9. Kartellaufsicht und Reaganomics

Neben der Instrumentalisierung des Arbeitsrechts im Kampf gegen die Gewerkschaften muß die Kartellaufsicht als wesentliches staatliches Handlungsfeld zur Reorganisation der Wirtschaft betrachtet werden. Hier läßt sich die Linie der marktradikalen Chicago-School von den Hörsälen der Universität bis in die Ledersessel der zentralen Aufsichtsbehörden (Antitrust-Division des Justice Department und Federal Trade Commission) eindrucksvoll nachzeichnen. Der neuernannte Chef der Antitrust-Abteilung, William Baxter (ein Chicago-Boy) verkündete auf einer Pressekonferenz: »Es steht nirgendwo geschrieben, daß die Welt kein völlig zufriedenstellender Platz sei, wenn es lediglich einige hundert Unternehmen gäbe.«⁶⁷ Unter der Führung Baxters nahmen die Kartellaufsichtsbehörden Abschied von der theoretischen »Dekonzentrationskonzeption«. 1982 wurden die kartellrechtlichen Verfahren gegen IBM und AT&T beendet. Beide Verfahren gegen monopolistische Praktiken dieser Giganten waren von Republikanischen Administrationen

eingeleitet worden. Nach dem Wahlsieg Reagans wurde die Nichtbeachtung kartellrechtlicher Bestimmungen Regierungspolitik.⁶⁸

Der Übergang vom »regulierten« zum »unregulierten« Monopol (Jeremy Tunstall) wird im Rahmen der neueren Wettbewerbstheorie des Marktradikalismus eigens theoretisch begründet. Monopole sind ungefährlich, erklärten die Chicago-Jünger, wenn die »Märkte« angreifbar sind und somit potentiell die Möglichkeit zum Wettbewerb besteht.⁶⁹ Diese Philosophie läßt sich mittlerweile in allen Gesetzestexten zur »Deregulierung« von Wirtschaftssektoren nachlesen. Der Ausbau marktbeherrschender Stellungen führender Monopole in »entregulierten« Sektoren verdeutlicht indes den apologetischen Charakter solcher Argumentationen. Offenbar verstehen sich die führenden Unternehmen ausgezeichnet auf die Verteidigung ihrer »angreifbaren« Märkte. Die Rationalität der kartellrechtlichen Veränderungen besteht in der stärkeren Unterstützung US-amerikanischer Großkonzerne zu Hause und im Weltmarkt. »Fusionen« ermöglichen die freie Bewegung des Kapitals zum Ort produktivsten Einsatzes und erhöhen damit das allgemeine Wohlbefinden der Nation . . .«, kommentierte ein Journalist.⁷⁰ Tatsächlich kommt folgende Ansicht eines Kartellrechtlers der Wirklichkeit näher. »In jüngster Zeit zeichnen sich (in den USA) . . . Entwicklungen ab, welche nicht nur die Anwendungsschärfe des Rechtsgebietes zurücknehmen, sondern seine freiheitssichernde Orientierung selbst in Frage stellen und durch ökonomische Effizienzgesichtspunkte ersetzen.«⁷¹

Ökonomische Effizienz« bedeutet in der Realität praktisch uneingeschränkte Konzentration und Zentralisation von Kapital. Seit 1983 erreichte die neueste Fusionswelle jedes Jahr Rekorde. 1986 wurden Fusionen und Aufkäufe in Höhe von \$ 180 Milliarden getätigt. Auf dem Höhepunkt der vorangegangenen Übernahmewelle waren 1982 lediglich \$ 80 Milliarden umgesetzt worden.⁷² Dabei besticht, daß in den »deregulierten« Wirtschaftssektoren vor allem im Flug-, Straßengüterverkehrs-, Eisenbahn- und Telekommunikationssektor – die horizontale Konzentration rasch voranschreitet.

Die Aufhebung der besonderen Rahmenbedingungen sogenannter »regulierter Sektoren« führte zur raschen Angleichung der ökonomischen Strukturen an die weiterentwickelten monopolistischen Verhältnisse der Gesamtökonomie. Neben der horizontalen Ausdehnung der einzelnen Unternehmen trugen auch die Diversifizierungsbestrebungen zur Vereinheitlichung der Verwertungsbedingungen bei. Auch in der Transportwirtschaft der USA zeichnet sich eine Tendenz zur branchenübergreifenden Monopolisierung ab. Durch den Aufkauf einer großen Spedition und der größten Binnenschiffahrtlinie der USA bildet die Eisenbahnlinie CSX das erste integrierte Transportkonglomerat. Mit der Übernahme des größten Containerschiffunternehmens Sea-Land Corporation werden neue Maßstäbe für die Weltmarktkonkurrenz gesteckt. Ähnliche Strategien verfolgen die Eisenbahnlinien Norfolk Southern und Union Pacific. Angesichts dieser Entwicklungen erscheint ein Vergleich des neuen Prozesses »in seinem Umfang und seinen sozialen Auswirkungen mit dem Aufkommen der Trusts und der Herausbildung der Monopole Ende der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts« nicht übertrieben.⁷³

10. Industrielle Beziehungen in »deregulierten« Sektoren

»Wir hatten kein Geldproblem, unser einziges Problem sind die Gewerkschaften«

Frank Lorenzo (Continental Airlines)⁷⁴

»Während der vergangenen sechs Jahre«, schrieb der amerikanische Industrial-Relations-Experte William J. Curtin 1985 »hat der Prozeß der Deregulierung großen Druck auf die industriellen Beziehungen in der Flugindustrie ausgeübt . . . richtiger-

weise (wurde) darauf hingewiesen, daß die Probleme der Arbeitsbeziehungen . . . verschärft wurden, weil vor der Deregulierung nicht angemessen bedacht worden ist, welche Konsequenzen die Deregulierung für die relevanten Arbeitsmärkte und für den Prozeß der Tarifverhandlungen haben wird.«⁷⁵ Tatsächlich bestand das Problem nicht in der ungenügenden Berücksichtigung gewerkschafts- und arbeitnehmerInnenfeindlicher Aspekte. Vielmehr enthält die Zielsetzung der Verbesserung von kapitalistischen Verwertungsbedingungen notwendig arbeitnehmerfeindliche Aspekte, die letztlich nur durch effektive Schutzmaßnahmen seitens der Gewerkschaften einzugrenzen sind. In die verschiedenen Gesetze (u. a. Airline Deregulation Act of 1978, Motor Carrier Act of 1980, Staggers Rail Act of 1980, Bus Regulatory Reform Act of 1982), waren zwar besondere ArbeitnehmerInnenschutzbestimmungen eingebaut worden; aber sie waren das Papier nicht wert, auf dem sie abgedruckt wurden. Sektion 32 des Airline Deregulation Act z. B. sah vor, daß innerhalb von sechs Monaten konkrete Richtlinien zum Ausgleich negativer Auswirkungen auf Beschäftigte verabschiedet werden sollten. Tatsächlich wurden die Bestimmungen erst nach fünf Jahren realisiert.⁷⁶ Die mit der Liberalisierung »regulierter« Sektoren ausgelöste Verschärfung kapitalistischer Konkurrenz führte unter der Bedingung der monetaristisch verschärften konjunkturellen Krise von 1982/83 zu extrem gesteigerten konfrontativen Managementstrategien. In »blutigen« Preiskriegen drängten die Großunternehmen der betroffenen Sektoren kleinere und mittlere Wettbewerber vom Markt. Um deutliche Effizienzsteigerungen zu erreichen und die Produktivität zu erhöhen, mußte der nötige Spielraum den Beschäftigten abgetrotzt werden. »Der seit der Entregulierung entstandene Wettbewerbsdruck . . . hat dazu geführt, daß die Löhne im Luftverkehr erheblich sanken, da dies einer der wenigen beeinflussbaren Parameter ist.«⁷⁷

Der Kampf der Manager um Konzessionen mußte eine neue antigewerkschaftliche Qualität annehmen, da die nun betroffenen Bereiche zu den Hochburgen der amerikanischen Gewerkschaften gehören. Im Eisenbahnsektor und im Straßengüterver-

kehr beträgt der Organisationsgrad ca. 70% und auch im Luftverkehr hatten mehr als 50% der Beschäftigten eine Mitgliedskarte der Gewerkschaft. Gleichzeitig wird die Stärke der Gewerkschaften aber durch eine nahezu unglaubliche Zersplitterung relativiert. Lediglich im Straßengüterverkehr und im Telekommunikationssektor dominiert jeweils eine Gewerkschaft (Teamsters und Communication Workers of America). 15 Gewerkschaften hingegen konkurrieren um die Eisenbahner; im Flugbereich sind es immerhin zehn verschiedene Organisationen. Die Teamsters waren aufgrund ihrer Untergrundaktivitäten aus dem Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO ausgestoßen worden und im Flugsektor hatten sich viele Stewardessen-gewerkschaften von den von Männern dominierten Unions abgespalten. Die Zersplitterung und die Auswirkung der vielfältigen Spaltungslinien hatten schon in der Phase der Verabschiedung der »Deregulierungsgesetze« einer effektiven Lobbyarbeit entgegengewirkt. Erst in der heißen Phase der Zuspitzung unternehmerischer Angriffe ab 1982 begannen die betroffenen Gewerkschaften mit einer stärkeren Koordination des Widerstandes.

Ohne Zweifel hatte Ronald Reagan's Umgang mit der Fluglotsengewerkschaft PATCO eine wegweisende Funktion: beat labor where you can! Insbesondere nachdem einige »gewerkschaftsfreie« Unternehmen auf den Plan traten, wurden vielerorts kooperativ eingestellte Manager gegen konfrontative Hardliner ausgetauscht. Im Flugsektor inaugurierte Texas Air unter Chefmanager Frank Lorenzo die neue Ära. Zunächst gründete die regional operierende Firma das neue Unternehmen New York Air und verhinderte mit allen Mitteln gewerkschaftliche Organisierung. 1982 übernahm Lorenzo Continental Air und manövrierte die Fluglinie ohne Not in den Bankrott. Die Gewerkschaften der Beschäftigten hatten ihrerseits weitreichende Konzessionen angeboten, Lorenzo wollte mehr. Unter Ausnutzung einer Gesetzeslücke im 1978 reformierten Konkursrecht nutzte er die Chance, unter der Protektion staatlicher Konkursrichter einseitig neue Tarifbedingungen zu diktieren und entfesselte einen vehementen Arbeitskampf, der noch 1987 andauerte.

Lorenzo senkte die Löhne um ca. 50%, setzte eine umfassende Flexibilisierung durch und entließ 75% der gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten.⁷⁸ Continental wurde 1984 aus dem Konkursverfahren entlassen. Die Kreditgeber u. a. Citibank, Chase Manhattan Bank und andere große Konzerne hatten dem Reorganisationsplan zugestimmt. Die Aktienpreise des Konzerns zogen daraufhin unmittelbar um 25% an.

Solche Methoden blieben keinesfalls Einzelfälle. Mit Hilfe des Insolvenzrechts gelang vielen US-Unternehmen die Angleichung gewerkschaftlich organisierter Lohn- und Arbeitsbedingungen an die Verhältnisse in nicht-organisierten Unternehmen. Von der »Welle« konzessionärer Tarifvereinbarungen seit dem Chrysler Bankrott waren bis 1982 535 900 ArbeitnehmerInnen der Transportindustrien betroffen.⁷⁹ Nach 1984 kamen die Beschäftigten des Telekommunikationssektors hinzu. Jede(r) 5. Arbeitnehmer(in) hatte zum Teil erhebliche Verschlechterungen zu verkraften.⁸⁰ Unter anderem wurden gespaltene Gehaltsstrukturen eingeführt, Arbeitszeiten verlängert und Urlaub gestrichen, einmalige oder mehrjährige Lohnkürzungen durchgesetzt, massive Einschränkungen der Sozialleistungen (Alterssicherung, betriebliche Krankenversicherung etc.) vorgenommen oder schlichtweg gewerkschaftlich organisierte Beschäftigte entlassen bzw. »ausgetauscht«. Im Eisenbahnbereich wird der Verlust gewerkschaftlich organisierter ArbeiterInnen seit der »Liberalisierung« auf ca. 100 000 geschätzt.⁸¹ Ca. 40 000 Mitglieder der Communication Workers of America verloren ihre Jobs nach der »Entregulierung«. Einige kleine unabhängige Gewerkschaften brachen zusammen.⁸² In der Flugindustrie – ohne die Zahl der von Bankrotten betroffenen ArbeitnehmerInnen – verloren mindestens 30 000 GewerkschafterInnen ihre Beschäftigung⁸³ und etwa 200 000 MitgliederInnen den Teamster wurden auf die Straße geschickt – Bankrotte einbegriffen.⁸⁴ Nach der »Entregulierung« entließ Greyhound 4000 Mitglieder der American Transit Workers Union und erzwang 1983 einen Streik der verbliebenen Beschäftigten um weitreichende Lohn- und Flexibilisierungskonzessionen durchzusetzen.⁸⁵ Greyhound räumte 1987 mit dem Kauf von Trailways alle Reste von Konkurrenz

im Busfernverkehr weg und genießt heute eine vollständige Monopolstellung.

Insgesamt verloren somit mindestens 374 000 gewerkschaftlich organisierte Beschäftigte ihre Arbeitsplätze. Für die verbliebenen Beschäftigten kämpfen die Gewerkschaften heute unter der Bedingung eines weitgehend **dezentralisierten** und **fragmentierten** Tarifvertragssystems, daß von den Unternehmen zur Steigerung betriebswirtschaftlicher Effizienz erzwungen wurde. Zu den Gegenstrategien zählt das gewerkschaftliche Bemühen, industrieweit geltende Regelungen durch die interne Zentralisierung der Verhandlungsführung zurückzuerobern und erneut eine Angleichung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. »Während der dritten Phase der Deregulierung (seit 1986, D.P.)«, schreibt ein Vertreter der Pilotengewerkschaft ALPA, »haben die Gewerkschaften demonstriert, daß sie aus der Vergangenheit gelernt haben. Sie sind nun viel stärker und besser gerüstet, die Herausforderung anzunehmen.«⁸⁶

11. Ausblick

Auf die vielfältigen Dimensionen des Kampfes gegen die Beschäftigten kann hier nicht ausführlicher eingegangen werden. Ebenso wenig kann auf die allgemeinen ökonomischen, sozialen und ökologischen Auswirkungen der »Deregulierung« eingegangen werden.⁸⁷ Immerhin bewirkte die mit der Monopolisierung des Transportsektors vorangetriebene ungleichgewichtige Entwicklung der US-Ökonomie ebenso wie die Verschärfung ökologischer und sozialer Probleme mittlerweile eine Trendwende in der »Deregulierungsdiskussion« jenseits des Atlantiks. Monopolistische Preissetzungspraktiken in der Flugindustrie, zunehmende Sicherheitsprobleme im Flug- und Straßengütertransportverkehr und viele weitere Mißstände führten unlängst zur verstärkten Forderung nach »Re-Regulation«.⁸⁸ »De-

regulierung« hat die Verwertungsbedingungen vieler – vor allem großer – amerikanischer Unternehmen verbessert. »Deregulierung« hat zur Polarisierung der US-Gesellschaft einen entscheidenden Beitrag geleistet und erneut gewerkschaftliche Gegenmacht zurückgedrängt. Hingegen haben die neue Kapitalstrategie und ihre politische Umsetzung nichts zur Lösung drängender Zukunftsaufgaben der US-Binnenwirtschaft beigetragen. Vielmehr wurden bestehende Ungleichgewichte verschärft und die »deregulierungsinduzierten« Widersprüche erzwingen heute neue Formen verstärkten staatlichen Krisenmanagements. Alleine die Rettung der Spar- und Darlehenskassen wird die amerikanischen Steuerzahler \$ 100 Milliarden kosten. Mehr als 400 Geldinstitute sind nach der »Deregulierung« des Bankensektors vom Bankrott bedroht.⁸⁹ Angesichts der neuesten Entwicklungen bleibt lediglich zu hoffen, daß die amerikanische Trendwende dem europäischen Marktradikalismus keinen Raum zur Entfaltung läßt. Letztlich wird nur entschlossener ökonomischer und politischer Widerstand seitens der Lohnabhängigen den Restrukturierungsbestrebungen des Kapitals Steine in den Weg legen können. Nach erfolgter Umstrukturierung können allenfalls die schlimmsten Ergebnisse korrigiert werden. Grundlegende Veränderungen bleiben, wie die US-Amerikaner wissen, unangetastet: »We can't unscramble the egg. Wir haben Kräfte in Bewegung gesetzt, die nicht revidiert werden können.«⁹⁰

Anmerkungen

1 Vortrag von Frank Bormann, gehalten auf dem Lehman Brother Kuhn Loeb Fluglinienindustrieseminar, 11.–13. Februar 1982, zitiert nach: Rosen, Seth. Frank Borman war bis zum Verkauf der Linie an Texas Air der Chefmanager von Eastern Airlines.

2 Vgl. die von der OECD publizierten, weltweit durchgeführten »Deregulierungsmaßnahmen« nach der Initiierung durch die USA: Competition Policy and Deregulation, OECD, Paris 1986.

3 Vgl. bspw.: BMWI, Jahresbericht 1986, Ziffer 29. Dort heißt es: »Für die Bundesregierung bleiben Deregulierung und Entbürokratisierung eine Daueraufgabe, die es auch durch breite Aufklärung über die nachteiligen Wirkungen von überflüssigen staatlichen Regelungen umzusetzen gilt.«

- 4 Vgl. David Vogel, *The »New« Social Regulation*. In *Historical And Comparative Perspective*, in: Thomas Mc Craw (Hg.), *Regulation in Perspective*, Boston 1981, S. 155–186.
- 5 Vgl. z. B. die Arbeiten der Nobelpreisträger Milton Friedman, und George Stigler.
- 6 George Stigler stellte das zuweilen stark an marxistische Ansätze erinnernde Instrumentalisierungsmodell 1971 vor. Vgl.: *The Theory Of Economic Regulation*, in: *The Bell Journal of Economics and Management Science* 2/1, Spring 1971, S. 3–21. Stiglers Ansatz wurde von seinen Mitstreitern weiterentwickelt. Vgl. Posner, Richard A., *Theories of Economic Regulation*, *The Bell Journal of Economics and Management Science*, Vol. 5, No. 2, Herbst 1974, S. 335–357 und Peltzman, Sam, *Toward A More General Theory Of Economic Regulation*, *The Journal of Law & Economics* 211, 1976, S. 211–240. Staatliche Regulierung wird in diesen Konzepten als »politische Ware« konzipiert, die von gut organisierten gesellschaftlichen Gruppen auf Kosten der Allgemeinheit erzwungen wurde. Vgl. als allgemeine Einführung in die neoklassische Diskussion über »staatliche Regulierung«: Müller, J. und Vogelsang, I., *Staatliche Regulierung*, Baden-Baden 1979.
- 7 OECD 1986, op.cit.: FN 2 (Hervorhebungen D.P.) S. 2.
- 8 Vgl.: Wolfgang Däubler, *Deregulierung und Flexibilisierung*, in: *Nachrichten* 5/88, S. 22 und Spiros Simitis, *Zur Verrechtlichung der Arbeitsbeziehungen*, S. 74–165, bes. S. 104 f., in: F. Kübler (Hg.), *Verrechtlichung von Wirtschaft, Arbeit und Sozialer Solidarität*, Frankfurt/Main 1985. Die sich auf die Umstrukturierung von Wirtschaftssektoren beziehende Dimension des amerikanischen »Deregulierungsbegriffes« wird hierzulande am ehesten in der »Privatisierungsdiskussion« erfaßt.
- 9 W. Däubler, op.cit.: FN 8, S. 22.
- 10 Vgl. die ökonomischen Rahmendaten in: Jan Prieue, *Der US-Kapitalismus in der Krise*, *IMSF Jahrbuch* 11, Frankfurt 1986, S. 100–123.
- 11 Vgl. zur Geschichte der US-Ökonomie aus der Sicht der französischen »Regulationschule«: Michel Aglietta, *A. Theory Of Capitalist Regulation, The U.S. Experience*, New York: Verso 1979.
- 12 Ferguson/Rogers, *Right Turn, The Decline of the Democrats and the Future of American Politics*, New York 1986, S. 79.
- 13 Zwischen 1965 und 1968 gab es 179 Einsätze der amerikanischen Armee gegen Aufstände von »Minderheiten«, Demonstrationen der Bürgerrechtsbewegung und gegen Streiks. 184 133 Soldaten waren an der Aufrechterhaltung von »Law and Order« beteiligt. Vgl.: T. Lowi, *The End of Liberalism*, New York/London 1979, S. 114.
- 14 Tolchin, S. J., Tolchin, M., *Dismantling America*, Boston 1983, S. 69.
- 15 Vogel, David, op.cit.: FN 4, hier: S. 165.
- 16 Thomas Byrne Edsall, *The New Politics Of Inequality*, New York/London 1984, S. 121.
- 17 Ebd.: vgl. auch G. R. Degen. *Das innenpolitische Spannungsfeld in den Vereinigten Staaten zwischen Gewerkschaften, Präsident und Kongreß während der ersten Amtsperiode Präsident Carters: Eine Zwischenbilanz*, in: Lösche, Peter (Hg.), *Neue Entwicklungen in den Vereinigten Staaten*, *Göttinger Politikwissenschaftliche Forschungen* Bd. 3, S. 92–171, hier: S. 150–151.
- 18 Vogel, op.cit.: FN 4, S. 178. Während bis in die 60er Jahre hohe Manager nach eigenen Angaben ca. 20–40% ihrer Zeit für politische Arbeit aufbrachten, stieg der Anteil in den 70er Jahren auf mehr als 50%.
- 19 J. Walters, *Blue Chip Lobbying*, Washington 1985 (Werbebroschüre der NAM, ohne Seitenangaben).
- 20 Edsall 1984, op.cit.: FN 16, S. 123.
- 21 Ebd., S. 124. Ein Angebot von Seiten der Handelskammern zur vollständigen Fusion beider Organisationen wurde von der Direktion der NAM 1976 – wahrscheinlich aus kosmetischen Gründen – abgelehnt. Anstelle einer Verschmelzung der Verbände befürwortete NAM aber ein gemeinsames Führungsgremium zur Koordinierung der Aktivitäten. Insbe-

sondere der Reaktivierung der **National Federation of Independent Business**, einer Organisation kleinerer Betriebe, ist der Massenzuwachs der Handelskammern und die numerische Stärke der »pro-business« Kräfte geschuldet. Vgl.: Edsall 1984, op.cit.: FN 16, S. 125.

22 Ebd., S. 133–134, 1982 spendete das Unternehmerlager insgesamt \$ 84,9 Millionen, den Gewerkschaften gelang eine erhebliche Steigerung ihrer Mittel auf \$ 35 Millionen. Noch 1975 war das Verhältnis beinahe ausgeglichen.

23 Der als der »Vater der Deregulierung« bekanntgewordene Ökonom Alfred Kahn ließ verlauten, »Deregulierung« werde Druck auf überhöhte Löhne, verschwenderische Arbeitspraktiken und kurze Arbeitswochen ausüben. Vgl.: W. G. Curtin, *Airline Deregulation: Neoclassical Theory as Public Policy*, *Journal of Economic Issues*, Vol. XVIII, No. 2, June 1984, S. 423. Kahn übernahm nach seiner Tätigkeit als Vorsitzender der Flugaufsichtsbehörde Civil Aeronautics Board. Als Vorsitzender des Council on Wage and Price Stability erwarb sich Kahn anschließend seinen Ruf als »Chief Inflation Fighter«. In dieser Position übernahm Kahn das Management der »Deregulierung« der Eisenbahnen und des Straßengüterfernverkehrs. Vgl. McCraw, Thomas K., *Prophets of Regulation*, Harvard University Press 1984.

24 Edsall 1984, op.cit.: FN 16, S. 215.

25 Derthick, M., Quirk, P. J., *The Politics of Deregulation*, Washington: The Brookings Institution 1985, S. 36.

26 Ebd.

27 Vgl. zur Transformation der politischen Wissenschaften (»Behavioralism«) und der Rolle der Ford Foundation: Seybold, Peter, *The Ford Foundation and Social Control*, in: *Science for the People* Vol. 14, No. 3, May/June 1982, S. 28–31.

28 Easterbrook, G., *Ideas Move Nations*, in: *Atlantic Monthly*, 1/1986, 66–80.

29 Derthick/Quirk 1985, op.cit.: FN 25, S. 9, viele der think-tanks haben enge Beziehungen zu den Universitäten. Die Auswirkungen dieser Verbindungen werden in jüngerer Zeit zunehmend kritisch gesehen. Vgl. Alan L. Otten, *Critics of the Hoover Institution complain about Nature of Ties to Stanford University*, *Wall Street Journal*, 26. Juni 1984. Vgl. auch: Easterbrook 1986 zur Finanzierung von Lehrstühlen für Marktradikale. Jeremy Tunstall weist darauf hin, daß in jüngerer Zeit zunehmend auch Politikwissenschaftler mit Geldquellen der neuen Rechten versorgt werden. Vgl.: *Communications Deregulation*, Oxford-New York 1986, S. 12.

30 Edsall 1984, op.cit.: FN 16, S. 218.

31 Ebd., S. 120, aus den gleichen Geldquellen flossen auch die Mittel zur Finanzierung der Serienbriefkampagnen Richard Vigueries gegen ethnische Integration, gegen Einkommensteuern etc. (Mike Davis, *Phönix im Sturzflug*, Berlin: Rotbuch 1986, S. 31) und rechter, extrem antikommunistischer Organisationen wie *Accuracy in Media* (1969 von Reed Irvine gegründet) und *Accuracy in Academia* (ebenfalls von Irvine im Jahre 1985 gegründet), vgl. Plehwe, Dieter, *Wiederkehr der Inquisition?* in: *Frontal*, 26. Jahrgang Nr. 6, Dez. 1986/Jan. 1987.

32 Vgl.: C. L. Heatherly (Hg.), *Mandate for Leadership*, Washington D.. Heritage Foundation 1981. Für die zweite Amtsperiode wurde ein weiterer Band herausgebracht.

33 Frank Unger, *Der Reaganismus ist ausgereizt, Präsidentschaftswahlen und politisches System der USA*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 4/1988, Köln S. 438–449, hier: S. 445.

34 Edsall 1984, op.cit.: FN 16, S. 117. Der amerikanische Wissenschaftler Jeremy Tunstall bringt die These der »Deregulierung« als »kapitalorientierte politische Strategie« auf den Punkt: »Die neue Rechte hat den alten Kennedy-Johnson Mechanismus genutzt . . . (Sie) haben demonstriert, daß alles was die Demokraten getan haben, mehr und besser zu machen ist. Die neue Rechte hat mehr Millionäre und mehr Stiftungen und dazu kamen in den 70er Jahren neue Geldquellen (fund raising) . . . Ein Nutzen dieses Geldes war die Bezahlung vieler Ökonomen und Politikberater der neuen Rechten. Diese produzierten

- Studien, die den meisten Regulierungsaktivitäten feindlich gegenübertraten.« Vgl.: Tunstall, op.cit.: FN 29, S. 11.
- 35 Edsall 1984, op.cit.: FN 16, S. 128.
- 36 Vgl. eine Zusammenfassung der Ergebnisse in: James F. Gatti (Hg.), *The Limits of Government Regulation*, Academic Press 1981, S. 95–132.
- 37 Vgl.: Ferguson/Rogers, op.cit.: FN 12 und Harrison/Bluestone, *The Great U-Turn*, New York 1988.
- 38 Davis 1986, op.cit.: FN 31, S. 33. Mit den Kapitalströmen zogen die Menschen. Während zwischen 1940 und 1950 3,5 Millionen Menschen vom Süden in den Norden wanderten (überwiegend Schwarze), liefen zwischen 1960 und 1970 ebensoviele (nun vorwiegend Weiße) ihren Arbeitsplätzen in den Süden nach.
- 39 John E. Parsons, *Krise der US-Wirtschaft: Entscheidung in wessen Interesse?*, in: *Jahrbuch des IMSF* 11, S. 124–135, hier: S. 125.
- 40 Paul Weiler, *Striking A New balance: Freedom Of Contract and The Prospects for Union Representation*, in: *Harvard Law Review*, Vol. 98, No. 2, December 1984, S. 351–420, hier S. 356.
- 41 Wenty, Ditmar, »Union Busting« – ein neuer Geschäftszweig in den USA, in: *Informationen über Multinationale Konzerne*, 2/1984, S. 26. Vgl. auch: *Dollars & Sense*, *Union Busting Today*, March 1983, S. 8/9 und S. 18.
- 42 Vgl. Degen, op.cit.: FN 17.
- 43 Houthakker, Hendrik, *Economic Aspects of Deregulation*, in: *Deregulating American Industry*, D.C. Heath and Company 1977, S. 1.
- 44 G. Strauss, *Industrial Relations: Time of Change*, in: *Industrial Relations* 1/1984, S. 2.
- 45 Gudrun Trautwein-Kalms, *Bad News – Good News: Gewerkschaftliche Mitgliederentwicklung in den USA*, in: *WSI-Mitteilungen*, 6/1986, S. 454–455, hier: S. 454.
- 46 *Congress and the Nation*, Vol. V, S. 281.
- 47 Vgl. zur Kritik der Gewerkschaftspolitik von Seiten eines ehemaligen Vorstandsmitgliedes: Dieter Plehwe, *Wo die Sozialdemokratie noch eine redliche Hoffnung ist*. Interview mit Victor Reuther in: *Düsseldorfer Debatte* 5/88, S. 60–74.
- 48 Vgl.: Bluestone, B., Harrison, B., *The Deindustrialization of America*, New York: Basic Books 1982, S. 158.
- 49 Die häufigsten Konzessionsformen bestanden in: Kürzung des direkten Einkommens, Aufgabe von Inflationsausgleichszahlungen und dem Einfrieren der Löhne. Vgl. den tabellarischen Überblick bei Marvin H. Kosters, *Disinflation of Labor Markets*, in *American Enterprise Institute: Essays in contemporary Economic Problems: Disinflation*, 1983–84 edition.
- 50 Degen, op.cit.: FN 17, S. 153 f.
- 51 David Stockman, *The Triumph of Politics*, New York: Harper and Row, 1986, S. 8.
- 52 Während zwischen 1970 und 1975 die Budgets staatlicher Regulierungsbehörden – vor allem im sozialen Bereich – einen realen Zuwachs von 187% verzeichneten, belief sich die Steigerung der Haushalte während der Amtszeit Carters auf 30%. Während der 1. Amtsperiode Reagans sanken die Ausgaben real um 1981: 0,1%, 1982: 8,6%, 1983: 2,3% und 1984: 3,9%. Vgl.: Weidenbaum, Murray L., *Regulatory Reform: A Report Card for the Reagan Administration*, *California Management Review*, Vol. XXVI, No. 1, Fall 1983, S. 8–24, hier: S. 17.
- 53 Joel Krieger, *Reagan, Thatcher And The Politics Of Decline*, Cambridge: Politiy Press 1986, S. 170 f.
- 54 Tolchin/Tolchin, 1983, op.cit.: FN 14, S. 93.
- 55 Cathy Trost, *Mercury Exposure Carse in a New York Factory Raises Questions about U.S. Job Safety Agency*, in: *Wall Street Journal*, 26. März 1986.

56 Note, Getting away with murder: Federal OSHA Preemption of State Criminal Prosecutions for Industrial Accidents, in: Harvard Law Review, Vol. 101, No. 2, December 1987, S. 535–554.

57 Business Week stimmte mit der Analyse der Bergarbeitergewerkschaft UMW überein. 155 Tote wären vermeidbar gewesen. Vgl. die Ausgabe vom 28. Dezember 1981, S. 55–57.

58 Vgl.: E. N. Goldenberg, The Permanent Government in an Era of Retrenchment and Redirection, in: Salamon, L. M., Lund, M. S. (Hg.), The Reagan Presidency and the Governing of America, Washington D.C. 1984, S. 381–409.

59 Vgl.: Forbes, October 31, 1988, S. 89. Die aus staatlicher Regelungspolitik resultierenden Kosten stagnierten während der gesamten Reagan-Ära auf geringfügig niedrigerem Niveau und begannen ebenfalls 1987 erneut zu steigen.

60 Ebd., S. 389/90. Vgl. auch: Cathy Trost, Federal Workers Again Will Be Facing Layoffs Unless Lawmakers Can Compromise On Budget, Wall Street Journal, 6. 2. 1988.

61 Kim Moody, Reagan, the Business Agenda and the Collapse of Labour, in: Socialist Register 1987, S. 156–176, hier: S. 160.

62 Jules Bernstein, Laurence Gold, »Mid-life Crisis: The NLRB at Fifty«, in: Dissent, Spring 1985, S. 214/15.

63 Economic Notes, Reagan's NLRB, September 1985, S. 7. Vgl. auch: Ditmar Wenty, »Union Busting« – ein neuer Geschäftszeig in den USA, in: Informationen über multinationale Konzerne 2/1984, S. 26. Wenty berichtet über einen bezeichnenden Fall. Im Gegensatz zur vorherigen Rechtsprechung darf ein LKW-Fahrer, der sich weigert einen verkehrsuntüchtigen LKW zu lenken, jetzt entlassen werden.

64 Vgl. u. a. R. Erd, C. Scherrer, Amerikanische Gewerkschaften – Opfer des Weltmarktes, Prokla Heft 14. Jahrgang 1984, Nr. 1, S. 78–95.

65 Vgl. zur Frage neuer Managementtechniken: H. Kohl, Neue Management-Strategien in der US-Industrie, in: WSI-Mitteilungen 6/86, S. 452–454. Unter amerikanischen Arbeitsrechtlern wird neuerdings eine in diesem Zusammenhang interessante Diskussion über den Widerspruch zwischen amerikanischem Arbeitsrecht und der Notwendigkeit von Mitbestimmung geführt. Vgl.: K. Van Wezel Stone, Labor and the Corporate Structure: Changing Conceptions and Emerging Possibilities, in: The University of Chicago Law Review, Vol. 55, Nr. 1, Winter 1988, S. 73–173. Siehe auch: Rainer Erd, Auf dem Weg zur Mitbestimmung?, in: Müller-Jentsch, W., Zukunft der Gewerkschaften, Frankfurt-New York 1988, S. 191–220.

66 Zit. nach: A. H. Raskin, Elysium lost: The Wagner Act at Fifty, in: Stanford Law Review, Vol. 38, May 1986, S. 945–955, hier: S. 950.

67 Zitiert in: Bluestone/Harrison 1982, op.cit.: FN 48, S. 190.

68 »Die Reagan-Administration präsiidierte über eine stille Revolution der Kartellpolitik – (führende Juristen witzeln in ihren Seminaren, sie lehren nun »protrust« –, die eine der großen manischen Fusionswellen der U.S.-Geschichte antrieb.« Vgl.: Ferguson/Rogers, op.cit.: FN 12, S. 132.

69 Vgl. ausführlich zur neueren Wettbewerbs- und Regulierungstheorie: J. Müller, I. Vogelsang, Staatliche Regulierung, Baden-Baden 1978. Vgl. auch: »Deregulierung in den USA, Schlußfolgerungen für die Bundesrepublik Deutschland, Berlin: DIW 1986. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft. Im folgenden zitiert als: DIW'86.

70 Peter Behr, Antitrust-Law Revisions send to Hill, in: Washington Post, 20. 2. 1986.

71 Vgl. Prof. Dr. Wernhard Möschel, Divergierende Entwicklungen im amerikanischen und europäischen Kartellrecht, in: WiSt Heft 12, Dezember 1983, S. 603–609, hier: S. 603.

72 Business Week, 12. 1. 1987, S. 31.

73 Vgl.: James Cypher, Monetarismus, Militarismus, Märkte, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 10/1986, S. 1195.

74 Wall Street Journal, 26. 9. 1983. Frank Lorenzo nutzte 1982 nach der Übernahme von Continental Airlines eine Lücke im amerikanischen Insolvenzrecht, um den im Betrieb vertretenen Gewerkschaften einseitig neue Tarifbedingungen diktieren zu können.

75 W. J. Curtin, *Airline Labor Relations Under Deregulation*, in: Industrial Relations Research Association Series, Proceedings of the Thirty Eight Annual Meeting, 28.–30. 12. 1985 in New York, S. 158 f., hier S. 158.

76 Vgl.: *Deregulation, A Time To Re-Evaluate*, AFL-CIO, 1. 11. 1986. Zahlreiche Statements der Gewerkschaften in Anhörungen dokumentieren die Haltung der verschiedenen staatlichen Behörden. Tausenden von Beschäftigten wurde mitgeteilt, Entlassungen haben nichts mit der »Deregulierung« zu tun, deshalb seien keine Ansprüche einzufordern.

77 Vgl.: DIW'86, op.cit.: FN 92, S. 300 f., Der Anteil der Löhne und Gehälter an den Betriebskosten betrug 1978 45%, 1984 dagegen nur noch 30%!

78 Dollars & Sense, Dezember 1983, Bankrupt But Not Broke, S. 4.

79 Marvin H. Kosters, »Disinflation of Labor Markets«, op.cit.: FN 49.

80 1980 waren ca. 5 Millionen Menschen im Transportbereich und im Telekommunikationsbereich beschäftigt. Vgl. Dollars & Sense, May/June 1983, S. 8.

81 Vgl. William Serrin, *Deregulation Saps Power of U.S. Unions*, in: International Herald Tribune 21. 3. 1986.

82 Clark Everling, Harry Van Arsdale, *The Information Industry and Deregulation*, in: Economic Notes, October 1986, S. 10/11. Vgl. auch: Wallace Hendricks, *The AT&T Divestiture and the CWA*, in: Industrial Relations Research Association Series 1986, S. 121 f.

83 *Airline Deregulation*, in: Economic Notes October 1986, S. 6.

84 Serrin, op.cit.: FN 81. Zwischen 1980 und 1985 gingen mehr als 2000 Speditionen mit ca. 60 000 Beschäftigten bankrott. Vgl. Norman A. Weintraub, *Teamsters, Statement before the Subcommittee on Surface Transportation, Oversight Hearings on the MCA of 1980*, Washington D.C. 6. 11. 1985. »Eine Epidemie von Bankrotten überfällt die amerikanische Wirtschaft«, kommentierte Wall Street Journal. »Transportderegulierung ist eine mächtige Stütze der Bankrottrate.« Vgl. Petzinger, *Business Failures Hit Post-Depression High, Tide Expected To Swell*, Wall Street Journal 24. 5. 1982.

85 John Rowland (ATU), *Statement on Implementation of the BRRRA of 1982 before the Surface Transportation Subcommittee of the Senate Committee on Commerce, Science and Transportation*, 25. 9. 1984, S. 6.

86 Vgl. Seth Rosen, *Airline Collective Bargaining Since Deregulation, Some Perspectives*, Vortrag auf der »Air Transport Labor Relations Conference«, Washington D.C. 17. Juni 1987, S. 46.

87 Vgl. Tolchin/Tolchin, op.cit.: FN 14, Tunstall, op.cit.: FN 29 zum Telekommunikationssektor; und Dieter Plehwe, »Deregulierung« in den USA (1978–1987) – Regulierungstheorien und Umstrukturierung staatlicher Intervention anhand ausgewählter Bereiche der allgemeinen Staatstätigkeit und am Beispiel des Transportsektors –, Diplomarbeit, Marburg 1988.

88 Vgl. Richard L. Berke, *Deregulation Has Gone Too Far, Man Tell The New Administration, Congress Is Feeling Public Pressure for Controls*, New York Times 11. 12. 1988, S. 1 f. Vgl. auch *Business Week*, 19. 12. 1988. Titelstory: *The Frenzied Skies – Ten years after deregulation, fares are rising, service is erratic, and the number of airlines ist declining, Now what?*

89 Vgl. *Frankfurter Rundschau* vom 8. 2. 1989, S. 6 und *Financial Times* vom 8. 2. 1988, S. 1 und S. 26.

90 Repräsentative John Danforth (Republikaner, Senat) zitiert in: Paul Starobin, *Air Travel for the Masses: Could be a Myth*, in: *Congressional Quarterly* 11. 7. 1987, S. 1491.